

Briefing Europawahlkampf 1984

Übersicht:

1. Innenpolitische Situation
 - a. Situation der Bundesregierung und der Union
 - b. Situation der Opposition (SPD, Protestbewegung/GRÜNE)
 - c. FDP
2. Charakterisierung der Wahlkampfführung
 - a. Polarisierung
 - b. Politisierung
 - c. Nationalisierung
 - d. Personalisierung
3. Kernpunkte der Mobilisierung
 - a. CDU als die deutsche Europapartei
 - b. CDU als Garant von Frieden und Freiheit in Europa nach Innen und Außen
 - c. CDU als Vertreter deutscher Interessen im Interesse Europas
 - d. Der Wirtschaftsaufschwung
4. Angriffskomponenten
 - a. Die SPD steigt aus
 - b. Die SPD bietet alte Rezepte
 - c. Die SPD macht alles mies
5. Themen
 - a. Arbeit
 - b. Frieden
 - c. Umwelt
 - d. Freiheit/Freizügigkeit
 - e. EG-Reform

1. Innenpolitische Situation

a. Situation der Bundesregierung und der Union

Die Bundesregierung ist sofort nach ihrem Amtsantritt an die Arbeit gegangen. In der Außen-, der Wirtschafts- und der Innenpolitik kann sie erste Erfolge aufweisen. Sie hat wieder die politische Führung im Land übernommen. Angesichts der im Wahlkampf anstehenden Thematik wird es jedoch eine schwierige Aufgabe sein, Mobilisierung und Einsatzbereitschaft der Anhänger erneut zu erreichen.

- Wenn man die Entwicklung der Parteianhängerschaften seit der Bundestagswahl vom 6. März überschaut, ist ein positiver Trend zur "Normalisierung" klar zu erkennen. Der langfristige CDU/CSU-Wert von 49 Prozent bei der "Sonntagsfrage" - Durchschnittswert 1976 bis 1983 - hat sich bei der Umfrage von Ende September/Anfang Oktober wieder eingestellt (Institut für Demoskopie Allensbach) und überstieg zum Jahreswechsel die Marke von 50 Prozent. Während im November, basierend auf den Daten der vorangegangenen Monate, eine eher negative Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in der Bevölkerung vorherrschte, ist zum Jahreswechsel ein deutlicher Stimmungsumschwung in Richtung eines sich verstärkenden wirtschaftlichen Zukunftsoptimismus zu verzeichnen. Alles spricht dafür, daß diese Grundstimmung in den kommenden Monaten durch weitere Fakten untermauert werden kann.

Die CDU kann aufgrund dieser für sie günstigen Ausgangslage den Europawahlkampf mit einer Positiv-Kampagne führen, in deren Mittelpunkt das zentrale Thema Wirtschaft steht.

- Die gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere die Gewerkschaften (35-Stunden-Woche), werden wieder fordernder auftreten. Zwar sind die Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung insgesamt positiv. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird jedoch bestehen bleiben, soweit es strukturelle Ursachen hat.

b. Situation der Opposition (SPD, Protestbewegung/GRÜNE)

- Die SPD wird versuchen, die Europawahl zu einer Testwahl zu machen, in der über die bisherige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung und der Union abgestimmt wird. Ihr letzter Bundesparteitag in Köln stand bereits unter dem Motto: "Verantwortung für Frieden und Arbeit in Europa". Der Titel ihres Programmentwurfs "Für ein starkes und solidarisches Europa" beschreibt ihre Kampagne dagegen nur sehr unvollständig. Die SPD wird versuchen, die eventuell vorhandene Mißstimmung für sich zu nutzen. Sie macht den Versuch, eine breite Bewegung (SPD, Gewerkschaften und Protestbewegung) gegen die Politik der Union aufzubauen. Das Thema Friedenspolitik wird weiter mitlaufen, aber nicht mehr so ausschließlich im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung stehen. Stattdessen hebt die SPD die Themen: Arbeitslosigkeit, "Umverteilung von unten nach oben", 35-Stunden-Woche usw. besonders hervor. So startet die SPD zur Zeit eine werblich unterstützte Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung und wird dieses Thema zum Schwerpunkt ihres Parteitages im Mai machen. Die SPD ist dabei, ihre Spitzenkandidatin Katharina Focke stark hervorzuheben.
- Die Kampagne der SPD wird durch Aktionen der GRÜNEN und der Protestbewegung (Friedensbewegung) thematisch ergänzt werden. Diese werden vom Zeitpunkt der Nach-

rüstung an politische Orientierungsprobleme haben: Einfach "nur" Weiterdemonstrieren nutzt nichts, des Themas "Frieden" ist man nahezu überdrüssig. Die Mehrheit wird sich daher voraussichtlich anderen Themen zuwenden, wie z.B.: Umwelt, "Sozialabbau", Konfliktfelder Bürger/Staat (Datenschutz etc.). Grüne, Protestbewegung und Gewerkschaften könnten eine neue Formation bilden im Kampf gegen "Sozialabbau", "Europa der Unternehmer", "verdatet und verkauft werden".

c. - FDP

Die FDP als Koalitionspartner ist - anders als 1979 - kein Wahlkampfgegner.

2. Charakterisierung der Wahlkampfführung

Hauptaufgabe des Wahlkampfes ist die Mobilisierung der eigenen Wähler vom 6. März 1983, um sie erneut zu einer Stimmabgabe für die Union zu motivieren. Dies erfordert eine Polarisierung, Politisierung, Nationalisierung und Personalisierung des Wahlkampfes.

- a. Polarisierung bedeutet, daß, wenn nötig, die harte Konfrontation mit der SPD konsequent gesucht wird. Die CDU wird den Wahlkampf mit einer Positiv-Kampagne beginnen. Im Rahmen dieser Positiv-Kampagne muß jedoch zugleich der Angriff gegen die SPD durchgängig mitgetragen werden. Die Positiv-Kampagne bietet den Ansatz, die SPD als "Miesmacher" darzustellen, die alle objektiven Leistungen und Fakten nur versucht, mies zu machen, da sie keine eigenen Alternativen anzubieten hat. Erst im Verlaufe des Wahlkampfes muß für die Schlußphase entschieden werden, ob die Positiv-Kampagne weiter getragen

wird oder ob - bedingt durch innenpolitische Auseinandersetzungen mit der SPD - die Angriffskomponente verstärkt werden soll.

- b. Politisierung bedeutet, daß diese Konfrontation in konkreten politischen Themenbereichen gesucht wird (besonders die Wirtschaftspolitik und die Friedens- und Sicherheitspolitik), die über die damalige allgemeine Auseinandersetzung "Freiheitliches oder sozialistisches Europa" hinausgeht. Bei allen Themen muß ein Zusammenhang mit der Eurothematik hergestellt werden.
- c. Nationalisierung bedeutet, daß die Bundesregierung auf EG-Ebene und die CDU in Deutschland demonstrieren müssen, daß sie die deutschen Interessen entschieden vertreten (z. B. EG-Haushalt, Stahlpolitik) und im Einzelfall auch eine Konfrontation nicht scheuen. Dies ist nicht als Gegensatz zur Darstellung der CDU als traditioneller Europapartei zu sehen: Die Vertretung deutscher Interessen geschieht auch im Interesse Europas (z.B. Umweltschutz).

In der Endphase des Wahlkampfes wird sich angesichts des Wahldatums (17. Juni) ein besonderer deutscher Akzent ergeben.

- d. Personalisierung bedeutet, daß Bundeskanzler Helmut Kohl der personelle Träger der Kampagne ist. Darüber hinaus bietet sich eine Personalisierung auf folgenden Ebenen an:
- Eine Europamannschaft mit zwei bis drei Spitzenkandidaten, die in verschiedenen Bereichen und zu bestimmten Themen die Politik der CDU personalisieren. Für 1984 wird vorgeschlagen, Herrn Dr. Klepsch als Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und Herrn Dr. Karjes als EG-Kommissar herauszustellen.

- Eine Regionalmannschaft, bestehend aus dem jeweiligen Ministerpräsidenten oder Spitzenpolitiker des einzelnen Bundeslandes und den Spitzenkandidaten der Landesliste.
- CDU-Mitglieder des Bundeskabinetts.
- Spitzenpolitiker der europäischen Partnerparteien der CDU.

3. Kernpunkte der Mobilisierung

Der Erfolg der CDU bei den Europawahlen wird ganz wesentlich davon abhängen, ob es ihr gelingt, alle ihre Stammwähler an die Wahlurnen zu bringen. Im Gedankengut der CDU ist die europäische Idee fest verankert, so daß es der CDU eher als anderen Parteien gelingen kann, auch über den Europegedanken ihre Stammwähler zu mobilisieren.

Vier Kernpunkte tragen die Mobilisierung:

a. CDU als die deutsche Europapartei

Es ist erforderlich, Bedeutung, Dringlichkeit und Zukunft der europäischen Einigung darzustellen. Mit dem Versuch der Suggestion von Europa als einer faszinierenden Idee (Vereintes Europa als teilweise Erfüllung des Traums vom Frieden) kann das Thema Europa auch emotional angesprochen werden. In diesem Rahmen ist die CDU als die deutsche Europapartei von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl zu präsentieren. Die europäische Einigung ist als Entscheidungsfrage zu formulieren, die nur zugunsten der CDU beantwortet werden kann.

Dabei hat sich die Argumentation am Europäischen Parlament zu orientieren, das das Wünschenswerte artikuliert und das ja schließlich zur Wahl ansteht, nicht dagegen am tatsächlich entscheidenden Ministerrat, der ein Bild der Entscheidungsunfähigkeit bietet. Es muß unbedingt verhindert werden, daß die Bundesregierung für das Versagen des Rates haftbar gemacht wird.

b. CDU als Garant von Frieden und Freiheit in Europa nach Innen und Außen

Die CDU ist der zuverlässige Garant der Freiheit in Europa. Sie sichert die Freiheit gegen Bedrohungen von außen und gewährleistet wirtschaftliches Wohlergehen im Innern. Die CDU verhindert sozialistische Konzepte in der Europäischen Gemeinschaft.

c. CDU als Vertreter deutscher Interessen im Interesse Europas

Schließlich ist eine Mobilisierung des eigenen Wählerpotentials durch eine deutliche Bezugnahme auf die Vertretung deutscher Interessen anzustreben. Die CDU will kein Europa um jeden Preis. Die CDU vertritt die deutschen Interessen in Europa und die europäischen Interessen in der Welt.

Die CDU darf Kritik an Funktionsweise und Ergebnissen der EG nicht den anderen Parteien überlassen. Sie muß eigene Kritik an der Bürokratisierung, dem Finanzgebahren und der Entscheidungsunfähigkeit artikulieren. Es ist jedoch zugleich zu verdeutlichen, daß diese Kritik Europa stärken und nicht schwächen soll.

d. Der Wirtschaftsaufschwung

In der Wirtschaftsthematik sind zwei Aspekte für die Mobilisierung von Wichtigkeit:

- Die Regierung hat die Versprechen des Wahlkampfes '83 eingehalten. Der Aufschwung ist da, das Bruttosozialprodukt steigt, die Inflationsrate ist niedrig, der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt, eine Besserung erkennbar.

- Die Zukunftskomponente der Wirtschaftsthematik.
Europa - und damit auch die Bundesrepublik - hat als Industrienation nur dann eine Zukunft, wenn es gelingt, gegenüber Japan und den USA konkurrenzfähig zu bleiben. Dazu müssen die Herausforderungen des technologischen Fortschritts angenommen werden. Die Bundesrepublik schafft dies, wie jedes europäische Land, nicht allein. Dies ist eine europäische Herausforderung und Aufgabe. Die Bundesregierung hat mit ihren Leistungen in Deutschland den richtigen Weg eingeschlagen, einen Weg, der auch in und für Europa zum Erfolg führen muß.

4. Angriffskomponenten

Wahlkampfgegner der CDU ist die SPD.

Wie in der Bundestagswahl, muß auch in der Europawahl die Auseinandersetzung mit der SPD offensiv geführt werden, so daß sowohl die wirtschafts- und sozialpolitischen als auch die außenpolitischen Positionen der SPD angegriffen werden. Die Einzelheiten dieser Auseinandersetzung werden erst im Frühjahr des nächsten Jahres festgelegt werden können.

Der Angriff auf die SPD soll sich auf drei Komponenten konzentrieren:

a. Die SPD steigt aus

Die SPD steigt aus dem bewährten Nordatlantischen Bündnis und damit aus der Solidarität der westeuropäischen

und nordamerikanischen Demokratien aus. Sie will Europa in ein neutralistisches Niemandland führen. Bislang ist die SPD in Europa isoliert. Hätten deutsche, britische, griechische Sozialisten in Europa das Sagen, wäre Europa hilflos und in der Welt isoliert. Die SPD weigert sich, die Wirklichkeit der sowjetischen Bedrohung wahrzunehmen.

b. Die SPD bietet alte Rezepte

Die SPD bietet den Bürgern als Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme die alten Rezepte an, mit denen die Krise erst herbeigeführt wurde.

c. Die SPD macht alles mies

Mangels Alternativen nimmt die SPD die Rolle des "Miesmachers" ein, indem sie alle objektiven Erfolge bestreitet, mies macht und nörgelt.

5. Themen des CDU-Wahlkampfes

Die CDU wird vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten positiven wirtschaftlichen Grundstimmung den Europawahlkampf mit einer Positiv-Kampagne führen und das Thema Wirtschaft als zentrale, übergreifende Thematik in den Mittelpunkt stellen. Während die SPD das Thema Wirtschaft in Kombination mit "Soziales" bringen wird und der CDU Punkte wie Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Politik gegen den kleinen Mann etc. vorwerfen wird, sieht die CDU das Thema Wirtschaft nach vorn gerichtet in Kombination mit Begriffen wie Leistung, Fortschritt, Wachstum.

Die Wirtschaftsdiskussion wird somit - vor dem Hintergrund objektiv positiver Daten und positiver Grundstimmung in der

Bevölkerung - in der Form eines Leistungsnachweises offensiv und positiv geführt und von der innenpolitischen Ebene auf die europäische Ebene übertragen.

"Weil wir in Deutschland erfolgreich sind, können nur wir auch für Europa erfolgreich sein."

"Erfolgreich für Deutschland, gut für Europa."

"Wir können stolz auf unsere Leistung, auf unser Land sein, wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen."

Dies sind Kernsätze, die den obigen Grundgedanken verbalisieren.

Die Positiv-Kampagne muß so überzeugend angelegt sein, daß sie, ähnlich der "Aufschwung-Kampagne '83", einen stark mobilisierenden Effekt hat. Negativ-Kampagnen als Angriff auf die SPD (alte Rezepte, keine Alternativen) laufen am Rande mit. Die Kampagne ist damit exakt mit dem jetzigen Slogan "Aufwärts mit Deutschland - Mit uns für Europa" beschrieben.

Die nachfolgend detaillierter dargestellten Einzelthemen Arbeit, Frieden, Umwelt, Freiheit/Freizügigkeit und EG-Reform sind, mit Ausnahme des Themas Frieden, nicht im Sinne getrennt zu behandelnder Schwerpunktthemen zu sehen, sondern so weit als möglich in die übergelagerte Wirtschaftsthematik zu integrieren.

1. Thema: Arbeit

Kernaussagen: Die CDU sichert die Arbeitsplätze langfristig durch eine Modernisierung von Wirtschaft und Industrie.

Sie betreibt ihre Politik mit langfristigen Perspektiven, wie z.B. der Neubelebung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft (Diskussion auf dem Parteitag im Mai 1984)

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa ihre Zukunft als Industriena-
tionen sichern und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen,
indem sie moderne Technologien und den notwendigen indu-
striellen Wandel fördern anstatt ihn zu behindern.

EG-spezifische
Forderungen:

- Langfristige Strukturpolitik: Kein
Durchsubventionieren veralteter Pro-
duktionsanlagen in anderen Ländern
zu Lasten der deutschen Industrie
(Stahl);
- gemeinsame Forschungspolitik: Europa
muß wieder an der Spitze des techno-
logischen Fortschritts stehen.

2. Thema: Frieden

Kernaussage: Für die CDU ist Europa das Modell einer Frie-
densordnung der Zukunft. Sie ist der zuverlässige Garant
für ein freies Europa im westlichen Bündnis, das im Frieden
mit der Dritten Welt lebt.

EG-spezifische
Forderungen:

- Ausbau der EG zur zweiten, den USA
gleichrangigen Säule der NATO; da-
durch Steigerung der Sicherheit bei
fortdauernder Freundschaft zu den
USA. Europa ist keine Alternative
zur NATO, sondern gefordert, die
NATO zu stärken.
- Regelmäßige Treffen der EG-Verteidi-
gungsminister sowie Berufung eines

Europäischen Sicherheitsrates zur Beratung der politischen, wirtschaftlichen und industriellen Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

- Um nicht zum Spielball anderer Mächte zu werden, muß Europa mit einer Stimme sprechen. Die EG-Mitgliedsstaaten müssen ihre Außenpolitik noch stärker untereinander und im Rahmen einer Atlantischen Politischen Zusammenarbeit auch mit den USA und Kanada koordinieren.
- Fortsetzung und Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt als konkrete Friedenspolitik ("Gerechtigkeit schafft Frieden").

3. Thema: Umwelt

Kernaussage: Die CDU will Umweltschutz ohne Grenzen. Die Bundesregierung hat auf westdeutscher, innerdeutscher und EG-Ebene ebenso wie die Europäische Gemeinschaft selbst (Umweltprogramme etc.) bereits zahlreiche Verbesserungen des Umweltschutzes erreicht.

EG-spezifische
Forderungen:

- Gemeinsame Bekämpfung der Luftverschmutzung (Saurer Regen, europäisches Kernenergiekonzept);
- gemeinsame Bekämpfung der Gewässerverschmutzung (Versalzung des Rheins durch Frankreich, Verschmutzung der Nordsee durch Öltanker etc.);

- einheitliche Regeln für die Vielzahl grenzüberschreitender Transporte gefährlicher und giftiger Stoffe und Abfälle sowie ihrer Beseitigung und Endlagerung (Seveso-Giftfässer!);
- Preiskorrekturen (Abschöpfungen) bei Importprodukten, die deshalb billiger sind, weil es in den Erzeugerländern keine vergleichbaren Umweltschutzbestimmungen gibt;
- nationale oder bilaterale Alleingänge, wenn die europäischen Partner gemeinsame Lösungen blockieren (bleifreies Benzin).

4. Thema: Freiheit/Freizügigkeit

Kernaussagen: Die CDU will ein Europa, das für die Bürger positiv spürbar ist. Die EVP-Fraktion hat bereits vielfältige Initiativen in diesem Zusammenhang ergriffen (vgl. nachfolgenden Forderungskatalog).

EG-spezifische
Forderungen:

- Europäischer Paß; europäischer Führerschein;
- Abbau der Personenkontrollen an den EG-Binnengrenzen ("grüne Spur"); Benelux-Verhältnisse bzw. Regelung analog des kleinen, deutsch-schweizerischen Grenzverkehrs;
- europäische Verkehrspolitik: europäisches Autobahn-, Eisenbahn- und Flugnetz; EG-weites Intercity-System;

- Abschaffung der kleinlichen Einfuhrbeschränkungen für Wein, Tee und Kaffee;
- europäische Währung; Sparbücher und Reisecheques in ECU;
- gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse und Diplome; europäischer Berufsbildungspaß;
- Vollendung des EG-Binnenmarkts (Harmonisierung der Steuern, der Normen, der Rechtsvorschriften);
- Erweiterung des Informations- und Unterhaltungsangebots (europäisches Fernsehen, EG-weite Informationssysteme).

5. Thema: EG-Reform

Kernaussagen: Die CDU kämpft gegen die Mißstände in Brüssel und fordert eine Reform der EG. Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Stoltenberg haben die deutschen Interessen in der EG hart verteidigt. Die EVP-Fraktion hat wiederholt Reformvorschläge eingebracht.

EG-spezifische Forderungen:

- Institutionelle Veränderungen:
Unterstützung des von CDU-Europaabgeordneten im Europäischen Parlament vorgelegten Entwurfs für eine Europäische Verfassung, d.h. Umwandlung der EG in einen Bundesstaat, Verankerung der Grundrechte auf EG-Ebene,

Schaffung einer ergänzenden EG-Staatsbürgerschaft, Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, Wahl eines gemeinsamen EG-Ministerpräsidenten.

- Haushaltsreform/Reform der Agrarpolitik; absolute Sparsamkeit der EG, insbesondere bei Verwaltungsausgaben; weiterhin strikte Ablehnung eines Übersteigens der Ausgaben über die Einnahmen.
- Entbürokratisierung: Kein Europa um jeden Preis (Reinheitsgebot beim Bier); Subsidiaritätsprinzip: EG ist nur für die Aufgaben zuständig, die sie billiger und/oder wirksamer als die Mitgliedsländer leisten kann.